



Im Rahmen unserer Möglichkeiten

Ohne Moos nix los Schwarz-Gelb ist kein Projekt, der Regierung fehlt ein gemeinsamer Geist. In der Koalition dominiert die Apparatelogik

■ **Tom Stroschneider**
Redakteur des Freitag

Von der Nacht, in der nach langen Ringen die Regierungsbildung abgeschlossen wurde, ist eine Anekdote überliefert. Zu vorgerückter Stunde, die Generalsekretäre und Parteivorsitzenden waren gerade verschwunden, ging die Frage nach dem Titel des Koalitionsvertrages um. Jemand habe vorgeschlagen: Ohne Moos nix los, witzelte einer aus dem Verhandlungssaal. Das sei aber nicht mehrheitsfähig gewesen. Klar ist: Schwarz-Gelb wird die Kosten, die ihre Einigung verursacht, mittels Schatzenhaushalten und anderer Tricks in die Zukunft verlagern. Dass die Last dadurch noch wächst, ist jedem klar, der schon einmal einen Kredit aufgenommen hat. Die Koalition setzt nicht einmal beim eigenen Klientel darauf, dass sich Schulden leichter tragen lassen, wenn man weiß, wofür da eigentlich bezahlt werden soll. Ja, wofür eigentlich?

Nun sind Überschriften über Regierungsvereinbarungen nie besonders mitreißend. Andererseits machen sich die Strippenzieher in den Parteien nicht umsonst darüber Gedanken. „Gemeinsam für Deutschland. Mut und Menschlichkeit“ hatte vor vier Jahren die große Koalition ihre Amtszeit betitelt. „Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert“ hieß es seinerzeit bei der ersten Auflage von Rot-Grün. Das sollte nach einem Projekt klingen, nach einer programmatischen Klammer, die den aus Einzelpunkten zusammengestückelten Katalog höhere Weihen verleiht. Es sollte etwas zum Ausdruck bringen, das man den Geist der Regierung nennen könnte.

Und bei Schwarz-Gelb? Es gibt keinen. Angela Merkel, Horst Seehofer und Guido Westerwelle den Koalitionsvertrag vorstellten, erfuhr man etwas von „der Kraft zum Mut“, aber nicht, wozu dieser dienen soll. Die Selbstinszenierungen der Beteiligten folgen keinem gemeinsamen Drehbuch: Die CDU-Chefin will „Kanzlerin aller Deut-

Die Selbstinszenierungen der Beteiligten folgen keinem gemeinsamen Drehbuch

schen“ sein, der FDP-Vorsitzende setzt sein Schattenboxen gegen den angeblichen „Linksrusch“ der Republik fort, und die CSU macht ohnehin Politik zuallererst für sich selbst.

Geradezu symbolisch war es, dass dem herumgereichten Entwurf des Koalitionsvertrags zunächst noch die Präambel fehlte, der Basiskonsens, die „große Erzählung“ der Regierung. „Mut zur Zukunft“ wurde später nachgereicht. Vorerst las man nur drei Begriffe über dem Papier, getrennt durch Punkte – als ob CDU, CSU und FDP die fehlende Verbindung zwischen den Schlagworten noch extra hervorheben müssten: „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt“.

Wachstum – das ist, worauf die Koalition hoffen muss, damit sie ihre Umverteilungspolitik bezahlen kann, ohne mit übermäßigen Sparmaßnahmen künftige Wahlerfolge

zu gefährden. Bildung – das ist, worauf sich heute jeder einigen kann, wofür am Ende aber die klammen Länder verantwortlich sind. Und Zusammenhalt – das ist etwas, das dieser Regierung der angeblich „natürlichen Partner“ fehlt.

Nun kann man darüber durchaus froh sein. Die schwarz-gelbe Agenda lässt keinen Zweifel, auf welcher Seite diese Regierung steht – es hätte, wenn da auch noch ein „Projekt“ anfeuernde Sinnstiftung besorgt hätte, durchaus schlimmer werden können.

Da war unter anderem der Wahlkampf vor, den die Beteiligten wohl nicht so leicht vergessen werden: FDP gegen CSU, FDP gegen CDU, CDU gegen CSU. Gezerre um Steuerersprechen, Rangelei um Posten, Konkurrenz um Stimmen. Einen Monat nach der Wahl ist der Ton zwar umgänglicher geworden – aber der Hintersinn bisig geblieben. „Wie immer“ werde die CSU, so Seehofer, „im Rahmen unserer Möglichkeiten diese Regierung stärkstens unterstützen“. Worauf Merkel antwortete: „Da ist nun die Freude wieder ganz auf meiner Seite.“

Wie lange das so bleibt, wird sich zeigen. Die Koalitionsverhandlungen waren kein Annäherungsprozess, sondern die Fortsetzung des Kampfes dreier Parteien mit anderen Mitteln. In allem ging es zuallererst um eine Balance der Macht, des Ansehens, der zukünftigen Eventualitäten. Nicht: Wir ändern dieses und jenes, weil wir dies und das erreichen wollen. Sondern: Wenn du mich von diesem ein wenig ändern lässt, komme ich dir bei einer ganz anderen Angelegenheit entgegen.

Es sind solche Tauschgeschäfte, die Programm und Personal dieser Regierung mehr bestimmt haben, als in jeder Koalition bisher. Nicht an der gesellschaftlichen Notwendigkeit einer Maßnahme oder irgendeiner anderen „Vernunft“ orientiert sich die Geschäftigkeit auf diesem Basar, sondern am jeweiligen Organisationsegoismus.

Ein Beispiel: Schwarz-Gelb hat sich in der Wehrpflichtfrage auf einen Kompromiss geeinigt, der gar keiner ist, sondern bloß die ungefähre Mitte zwischen zwei Positionen. Die Union wollte die Beibehaltung, die Liberalen versprachen die Aussetzung. Herausgekommen ist eine Art Wehrpraktikum, das weder die Gerechtigkeitsprobleme bei der Dienstpflicht behebt noch sonst eine Lösung darstellt. Gleiches gilt für die Steuerpolitik, bei der man eine „Entlastung“ aushandelte, die in der Mitte der Forderungen von Union und FDP liegt, aber im Widerspruch zu bevorstehenden Belastungen etwa in der Kranken- und Pflegeversicherung steht. Wo man eine „Mitte“ nicht fand, etwa beim Mindestlohn, wurden Prüfaufträge erteilt oder sollen Kommissionen entscheiden. Union und FDP können solche politischen Vertagungen dennoch als Durchbruch verkaufen, weil sich hernach keine der drei beteiligten Parteien als Verlierer fühlen musste.

Auch bei der Ämtervergabe im Kabinett triumphierte die Apparatelogik der Parteien. Sieht man einmal von der Riege der Unionsfrauen ab, die ihre Posten behalten – Angela Merkel, Ilse Aigner, Annette Schavan, Ursula von Leyen – geriet hier alles, schon taktisch geordnet, durcheinander.

Da musste zunächst die Arithmetik der neuen Koalition berücksichtigt werden: Die Liberalen wollten mehr Minister als die CSU, die CDU musste ihre Hausmacht demonstrieren. Auch anstehende Personalentscheidungen außerhalb des Kabinetts – etwa die über den kommenden deutschen EU-Kommissar – wollten bedacht sein. Sieben Ressorts inklusive Kanzleramt-schef für Merksls Partei, fünf für Westerwelle und drei für Seehofer, lautet die erste Rechnung.

Bei der zweiten, der Vergabe innerhalb der Parteien, mussten weitere Einflussgrößen berücksichtigt werden: der Regionalproporz, die Verdienste langjähriger Mitstreiter und die Symbolkraft junger Aufsteiger. Nicht zuletzt wollten die Widersacher eingebunden werden. Was allenfalls am Rande eine Rolle spielte: die Qualifikation.

Und so amtiert nun mit Franz-Josef Jung ein Mann als Arbeitsminister, der im Verteidigungsressort eine dermaßen schlechte Figur machte, dass schon mit seiner Ablösung zu rechnen war. Ohne irgendeine Erfahrung mit der Arbeitsmarktpolitik muss der CDU-Mann aus dem Machtbereich von

Die Gespräche waren ein Kampf dreier Parteien, kein Prozess der Annäherung

Roland Koch nun in Berlin weitermachen – weil der hessische Ministerpräsident nicht wechseln will, der CSU-Aufsteiger Karl-Theodor zu Guttenberg lieber Verteidigungs- als Innenminister geworden ist, was womöglich auf dessen Konkurrenten Horst Seehofer zurückgeht. Und irgendwie hat alles auch mit dem liberalen Anspruch auf bisher. Das Wirtschaftsressort zu tun. Nur eben nicht mit den Erfordernissen der Arbeitsministeriums, jenem Ressort also, dem nach herrschender Wahlkampf-Rhetorik eine Schlüsselrolle zukommen müsste.

So gesehen kann man von einem glimpflichen Ausgang sprechen, dass dem bisherigen FDP-Generalsekretär Dirk Niebel das Ministerium nicht zugeschlagen wurde. Der Mann gibt gern den Neoliberalen und hat sich über Jahre mit der Forderung nach Auflösung der Nürnberger Bundesagentur profiliert. Andererseits: Fachlich wäre er die naheliegendere Lösung gewesen – Niebel war selbst einmal Arbeitsvermittler und kennt sich mit der Materie zumindest aus. Dass er nun das Entwicklungshilfereport übernimmt, ist dagegen völlig absurd: Die FDP war mit der Forderung nach Auflösung dieses Ministeriums in den Wahlkampf gezogen.

Während Westerwelle mit Niebel einen getreuen Parteisoldaten versorgte, bekam der niedersächsische Wirtschaftsminister Philipp Rösler den Job als Gesundheitsminister, weil er dem FDP-Chef in Zukunft gefährlich werden könnte. Immer wieder war der als „kommender Mann“ bei den Liberalen gehandelt worden. Vor gut einem Jahr ging Rösler sogar einmal gegen Westerwelle in die innerparteiliche Offensive – mit einem Thesenpapier, das die FDP wieder näher an Werte wie Solidarität zu bringen versuchte.

Der FDP-Chef unterband damals die Debatte, ist seither aber gewarnt. Die Beförderung auf den verminten Posten im Gesundheitsministerium stellt einen potenziellen Widersacher ruhig. Karriere? Nun ja. Rösler wäre, hörte man immer wieder, wohl lieber in Niedersachsen geblieben.

Bereits die alte Regierung hatte Steuerentscheidungen beschlossen: Eine Erhöhung des Grundfreibetrags auf rund 8.000 Euro, eine Senkung des Einkommensteuersatzes auf 14 Prozent und eine geringfügige Abflachung der Steuerprogression – Steuerausfall: rund vier Milliarden Euro ab 2010. Dazu kann die vollständige Absetzbarkeit der Beiträge zur Kranken- und



Hütchenspieler: Erst mit Posten, bald mit Budgets?

Wer schon hat, dem wird noch gegeben

Analyse Die Koalitionsvereinbarung von Union und FDP verursacht massive Steuerausfälle. Bezahlen werden das die kleinen Leute

■ **Lorenz Jarass**
Autor des Freitag

Mit der Wiedervereinigung wurden reichlich Versprechungen und Schulden gemacht, die mit der historisch einmaligen Situation erklart wurden. Zu bezahlen haben sie bis heute die kleinen Leuten durch Lohnkürzung, höhere Beiträge zur Sozialversicherung und höhere Mehrwert- und Verbrauchssteuern. Doch wie 1990 ist auch jetzt – trotz eines so noch nie vorhandenen Haushaltsdefizits – die Zeit der Versprechen nicht vorbei. Der Koalitionsvertrag sieht eine Reihe von geldwerten Zusagen für die Steuerzahler und Unternehmen vor. Das wirft die Frage auf, die Wohltaten diesmal bezahlt. Der künftige Finanzminister Schäuble spricht von „exorbitant hohen Schulden“, ein ausgeglichener Haushalt sei in dieser Legislaturperiode Utopie. Die Koalitionsvereinbarung hält explizit fest, dass keinerlei Steuern erhöht und die Sozialversicherungsbeiträge möglichst unter 40 Prozent des Bruttolohns gehalten werden, jedenfalls soweit sie paritätisch von Arbeitgeber und Arbeitnehmer bezahlt werden.

Bereits die alte Regierung hatte Steuerentscheidungen beschlossen: Eine Erhöhung des Grundfreibetrags auf rund 8.000 Euro, eine Senkung des Einkommensteuersatzes auf 14 Prozent und eine geringfügige Abflachung der Steuerprogression – Steuerausfall: rund vier Milliarden Euro ab 2010. Dazu kann die vollständige Absetzbarkeit der Beiträge zur Kranken- und

Pflegeversicherung ab 2010, die das Bundesverfassungsgericht zu Recht angeht. Dies begünstigt im ersten Schritt nur Bruttoeinkommen oberhalb von etwa 1.200 Euro, da bisher Krankenversicherungsbeiträge für darüber liegendes Einkommen steuerlich nicht geltend machen konnten. Aber letztlich nutzt das auch den Empfängern niedriger Löhne und Renten, weil so der Widerstand gegen die Sozialversicherung verringert wird und höhere Beiträge zur Sozialversicherung noch stärker begünstigt werden.

Von mehr Kindergeld und einem höheren Kinderfreibetrag profitieren Gutverdienender mehr als Geringverdienender. Wer ein Monatsbrutto von 2.500 Euro erhält, kann sich am erhöhten Kindergeld freuen (20 Euro pro Monat), Besserverdienender haben mehr vom Kinderfreibetrag (rund 1.000 Euro pro Jahr), denn die Steuerermäßigung bei Spitzeneinkommen beträgt fast 40 Euro pro Monat. Bessergestellten Familien wird also noch etwas mehr gegeben. Die Empfänger von Sozialhilfe (Hartz IV) erhalten dagegen nichts zusätzlich, da das Kindergeld auf ihre Unterstützungszahlung angerechnet wird. Diese Signale sind ein Skandal: Kinder von Spitzenverdienern werden bevorzugt – Arme gehen leer aus.

Die geplanten Maßnahmen bei der Unternehmensbesteuerung bringen im Wesentlichen den großen Konzernen und Verkäufern von Unternehmen Vorteile. Die kleineren und mittleren Betriebe werden nur durch wolkige Versprechungen zur Vereinfachung entlastet. Verlustvorträge beim Verkauf von maroden Firmen sollen nicht mehr untergehen; die dadurch erhofften besseren Sanierungsmöglichkeiten wer-

24 Mrd. Euro weniger Einkommensteuer soll die Staatskasse einnehmen

den aber im Regelfall nicht eintreten. Begünstigt werden vielmehr potenzielle Firmenkäufer, weil damit der Verkaufspreis der Firma steigt. Die Beschränkung des Schuldzinsabzugs (Zinsschranke) soll nicht, wie von den Wirtschaftsverbänden gefordert, abgeschafft, sondern nur in ihren Auswirkungen abgemildert werden.

Wohltaten auf Pump

Die Erbschaftsteuer ist erst vor einem Jahr durch die große Koalition reformiert worden. Dabei hatte es Konflikte mit der CSU gegeben, die für höhere Freibeträge eingetreten war. Für die höhere Freibetrag eingetreten war. Für die höhere Freibetrag eingetreten war. Für die höhere Freibetrag eingetreten war.

Die Erbschaftsteuer ist erst vor einem Jahr durch die große Koalition reformiert worden. Dabei hatte es Konflikte mit der CSU gegeben, die für höhere Freibeträge eingetreten war. Für die höhere Freibetrag eingetreten war. Für die höhere Freibetrag eingetreten war.

Erfreulicherweise soll zukünftig – stärker als bisher – die Umsatzsteuer nur noch auf tatsächlich bezahlte Rechnungen zu entwickeln sein beziehungsweise rückerstattet werden – ein entscheidender Schritt zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung und zur Verwaltungsentlastung gerade von kleineren und mittleren Unternehmen.

Doch wer zahlt das alles? Die neue Regierung scheint auf ein verheißungsvolles Wachstum zu warten wie das Sternalter-Mädchen auf die Münzen, die vom Himmel fallen. Wenn die Vorsätze aus der Koalitionsvereinbarung eingehalten werden, dürften in Wirklichkeit wieder die kleinen Leute die Zeche bezahlen: Erst werden an Unternehmen und Einkommenssteuerzahler Wohltaten auf Pump verteilt und die Haushaltseinkommen reduziert, anschließend wird wohl im Sozialbereich massiv eingespart, während die Kosten des Sozialstaats mehr und mehr den Arbeitnehmer allein belasten. Der Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der Pflege- und Krankenversicherung zeigt die Richtung an: Statt durch eine angemessene Besteuerung von Vermögen und Erbschaften den Haushalt zu sanieren, sollen die kleinen Leute für weniger soziale Absicherung höhere Beiträge bezahlen.

Eine Kopfpause in dem von Angela Merkel einst gewünschten Sinn ist das allerdings auch nicht, und das wäre für die Regierung möglicherweise sogar ein Schuss nach hinten geworden. Philipp Rösler, SPD-Verhandlungsführer und überraschend designierter Gesundheitsminister, hat dafür gesorgt, dass der schwarze Peter an die Kassen geht: Sie entscheiden über die Höhe der neuen Pauschale und wenn sie sich dabei im Wettbewerb kaputt konkurrieren, ist das politisch gewollt. Kein Unkenruf zu behaupten, dass der Leistungskatalog irgendwam eingedampft und nur noch eine Grundversorgung angeboten wird.

Lorenz Jarass lehrt Wirtschaftswissenschaften an der Rhein-Main-Universität Wiesbaden und ist Autor von zahlreichen Büchern und Aufsätzen zu steuer- und energiepolitischen Themen

Das Ich zählt – und zahlt

Falsche Freiheit Die Regierung bürdet die Lebensrisiken dem Einzelnen auf. Damit schabte sie am letzten Band, das moderne Gesellschaften zusammenhält

■ **Ulrike Baureithel**
Redakteurin des Freitag

Das charakteristische Lebensgefühl moderner Gesellschaften, behauptete der Soziologe Emil Lederer einmal, sei das Provisorium. Wo es an Besitz mangelt und alles flüchtig wird, bedarf es einer existenziellen Rückversicherung, die den Menschen erdet. Die Sozialversicherung sei deshalb nicht nur als Spartopf für die unkalkulierbaren Wechselfälle des Arbeitnehmerlebens anzusehen, sondern auch als der Versuch, das in Perioden zerplatzerte individuelle Leben wieder in eine Einheit zu fügen und ein kollektives Band zwischen den Generationen zu knüpfen.

Als Lederer, der später von den Nazis außer Landes getrieben wurde, unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg diesen Gedanken formulierte, steckte die heutige Form der paritätischen und umlagefinanzierten Sozialversicherung noch in den Kinderschuhen. Dass sie noch 90 Jahre später, mehr als Volkswagen und Volksaktie, Arbeitnehmerersparzulage oder Wohnbauförderung, den sozialen Kitt wieder liefern müssen, um die auseinander driftende Gesellschaft irgendwie zusammenzuhalten, hätte sich der Heidelberger Soziologe, ein glühender Anhänger der Sozialisierung, wahrscheinlich nicht träumen lassen.

Die neue Bundesregierung schlägt solche grundlegenden Einsichten in den Wind. Statt die Risse im Sozialgebäude wirkungsvoll auszufügen, geht sie daran, den ohnehin schon brüchigen Mörtel weiter auszutrocknen. Nichts hat im Laufe der vergangenen Tage mehr ungläubiges Entsetzen ausgelöst als die Ankündigung der Koalition, den Arbeitgeberanteil an der Krankenversicherung einzufrieren und die Versicherten mit Zusatzbeiträgen und einer weiteren Zwangsversicherung für die Pflege zu belasten. Von den Gewerkschaften über die Sozialverbände bis in die Reihen der Koalition wird vor dem „Plattmachen der Sozialpartnerschaft“ gewarnt.

Sie sind doch kein Härtefall

In der Sache sind diese Pläne nicht neu: Schon während der Auseinandersetzung um die letzte Gesundheitsreform versuchte die Union vehement, die Arbeitgeber von den Gesundheitskosten zu entlasten. Darauf ließ sich die SPD nicht ein, aber immerhin wurde mit dem staatlich verordneten Beitragssatz schon eine Form der unternehmerischen Planungssicherheit installiert. Der mit 95 Prozent des Bedarfs ohnehin chronisch unterfinanzierte Gesundheitsfonds hätte im nächsten Jahr so oder so mit Steuererhöhern oder Zusatzbeiträgen aufgefüllt werden müssen, nur dass die scheidende Ministerin Ulla Schmidt starke Sicherungsleinen gegen soziale Härten eingezogen hatte.

Nun soll der Arbeitgeberanteil also eingefroren und ein künftiges Defizit über einkommensunabhängige Prämien der Versicherten gedeckt werden. Medizinischer Fortschritt und Kostensteigerungen, heißt das de facto, wird in Zukunft von ihnen allein getragen werden müssen. Die Union wärmt noch mit dem Versprechen, sozial Schwache würden über den Bundeshaushalt bezuschusst. Aber in welcher Höhe? Nach Kassenlage? Und wo liegt der kritische Punkt zwischen Härtefall und einfach nur einkommensschwach?

Eine Kopfpause in dem von Angela Merkel einst gewünschten Sinn ist das allerdings auch nicht, und das wäre für die Regierung möglicherweise sogar ein Schuss nach hinten geworden. Philipp Rösler, SPD-Verhandlungsführer und überraschend designierter Gesundheitsminister, hat dafür gesorgt, dass der schwarze Peter an die Kassen geht: Sie entscheiden über die Höhe der neuen Pauschale und wenn sie sich dabei im Wettbewerb kaputt konkurrieren, ist das politisch gewollt. Kein Unkenruf zu behaupten, dass der Leistungskatalog irgendwam eingedampft und nur noch eine Grundversorgung angeboten wird.

Während dem großen Teil der Bevölkerung die Lebensrisiken aufgebürdet werden, mit dem gleichzeitigen Angebot, das Leben individueller zu gestalten, können die ganz Schwachen nicht mehr sicher sein, wie lange der Sozialkitt noch hält. Staatliche oder private Almosen wird es weiterhin geben, niemand wird vorerst um seine Existenz fürchten müssen. Aber wie Lederer schon erkannt hat, benötigt der Mensch eine „Lebensunterlage“, die sozial verbürgt und materiell fundiert ist. Dumm handeln Regierungen, die diesen Zusammenhalt mutwillig aufs Spiel setzen.